

Plädoyer für den Föderalismus

Kongress in Mainz



Christoph Böhr, Fraktions- und Landesvorsitzender der CDU in Rheinland-Pfalz, sprach sich in Mainz für den Föderalismus aus; rechts im Bild Hessens Ministerpräsident Roland Koch, rechts Stephan Eisel von der Adenauer-Stiftung.
Foto: Brigitte Förster

An eine große Aufgabe hat sich die Stiftung in Mainz gemacht. Es ging um nichts Geringeres als um die Frage, wie der Föderalismus in Deutschland wieder vom Kopf zurück auf die Füße gestellt werden kann, welchen Fehlentwicklungen es gegenzusteuern gilt, wie ein wirklicher, funktionierender Föderalismus aussehen kann.

Dabei hatte gleich zu Beginn des Föderalismuskongresses der Konrad-Adenauer-Stiftung der rheinland-pfälzische Fraktions- und Landesvorsitzende der CDU, Dr. Christoph Böhr, ein paar Pflöcke eingeschlagen: Er sprach sich klar für einen Wettbewerb der Länder um eine erfolgreiche Politik im Dienste der Bürger aus. Ein solcher Wettbewerb aber setze voraus, dass die Länder selbstständig und selbstverantwortlich mehr Aufgaben übernehmen als bisher. Jedoch habe die gegenwärtige Aufgabenteilung von Bund, Ländern und Gemeinden, die undurchschaubare Verquickung ihrer Finanzen „mit der Grundidee der föderalen Staatsordnung nicht sehr viel zu tun“. Böhr zitierte aus dem Forderungskatalog des Reformkonzeptes seines Landesverbandes, der sich unter der Leitung des früheren Kultusministers eingehend mit dem Problem des Föderalismus auseinandergesetzt hat. Böhr forderte: Die Anschaffung der konkurrierenden Gesetzgebung, mehr alleinige Kompetenzen der Länder, der Wegfall aller Mischfinanzierungen zwi-

schen Bund und Ländern, ein Trennsteuersystem mit mehr Autonomie der Länder, eine völlige Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und die strikte Umsetzung des Konnexitätsprinzips, nach dem derjenige zahlt, der die Gesetze macht.

In seinem „Plädoyer für die Erneuerung des Föderalismus“ geißelte Böhr den gegenwärtigen Zustand als einen Zustand der „organisierten Verantwortungslosigkeit“.

Es sei den Bürgern immer weniger klar zu machen, wer für was Verantwortung trägt. Für die Neuordnung des Föderalismus stellte Böhr einen Begriff in den Mittelpunkt seiner Überlegungen: den Begriff der Subsidiarität. Der Ausgangspunkt unserer Staatsordnung ist die Verantwortung des freien Menschen für sich selbst. Erst dort, wo die individuelle Entscheidung überfordert wird, tritt die Gemeinschaft helfend für ihn ein. Föderalismus sei, so Böhr, auch „eine Idee des Wettbewerbes“. Es sei in der gegenwärtigen Diskussion ein Missverständnis zu meinen, Wettbewerb sei Ordnung für Starke: „Wettbewerb will vielmehr Offenheit für Erfolg und Misserfolg aller Beteiligten garantieren, zementierte Verhältnisse auflösen und jedem seine Chancen eröffnen. Wettbewerb verhindert also nicht, sondern befördert gleichwertige, aber nicht unbedingt gleichförmige Verhältnisse.“

Ähnlich waren auch die Überlegungen des zweiten Hauptredners. Im mit mehr

als 200 Gästen gefüllten Plenum des Mainzer Landtages sprach sich Hessens Ministerpräsident Roland Koch ebenso für eine Stärkung der Länderkompetenzen aus: Erstens müssen die Selbstbestimmungsrechte der Länder über bloße Mitbestimmungsrechte im Bundesrat hinausgehen. Zweitens müsse in der Praxis die freiwillige Koordinierung der Länder auf wenige wirklich wichtige Ausnahmefälle beschränkt bleiben und drittens müsse die Einnahmeautonomie und die finanzielle Eigenverantwortung der Länder gestärkt werden.

Weiten Raum nahm die Frage ein, wie in Bezug auf die künftige Gestaltung Europas das Thema des Föderalismus zu diskutieren sei. Denn es sei zu befürchten, dass der steigende Grad an politischer Integration zu Unitarisierung und Zentralisierung führe – dies stünde konträr zur Reform des Föderalismus. Unübersehbar sei die Tendenz, dass sich die EU immer mehr Kompetenzen anzueignen suche.

In der folgenden von Dr. Stephan Eisel geführten Diskussion sprachen sich Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth und der Chef der sächsischen Staatskanzlei, Staatsminister Dr. Thomas de Maiziere, für eine Vereinfachung und Rückführung des Länderfinanzausgleichs aus. Zudem forderten sie mehr Gestaltungsspielraum sowohl auf der Ebene der Länder als auch auf der der Gemeinden.

Ralf Jaksch